

## Die Arzneimittelnutzer sind die größten Verschmutzer

BREISACH. Die Qualität des Wassers am Rhein hat sich in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich verbessert, und so sind die Gefahren für das Trinkwasser, das im Einzugsgebiet des Rheins gewonnen wird, geringer geworden. Doch die Versorgungsunternehmen, die in der Arbeitsgemeinschaft Wasserwerke Bodensee-Rhein (AWBR) zusammengeschlossen sind, haben neue Gefahren für ihr Produkt entdeckt: Schadstoffe, die in der Natur nicht abgebaut werden können und damit auch ins Trinkwasser gelangen.

Früher wussten die Trinkwasserversorger meist genau, wer verantwortlich war für die Schmutzlasten im Rhein, unter denen auch die Qualität des Grundwassers litt: voran die chemische Industrie mit ihren Einleitungen, dazu die Salzfrachten des Kalibergbaus im Elsass. Heute sind diese Schmutzquellen weitgehend versiegt, auch wenn sie in Katastrophenfällen wie beim Sandozbrand 1986 das gesamte Ökosystem des Rheins zerstören können. Heute sind es statt der Produzenten die Konsumenten, die zur Belastung des Wassers beitragen, wie Professor Wolfgang Kühn vom Technologiezentrum Wasser berichtet, das von den Wasserwerken betrieben wird. Es geht dabei um Stoffe, mit denen auch die heutigen Kläranlagen nicht fertig werden, weil sie nicht abgebaut werden können. Ihre Spuren lassen sich auch im Trinkwasser nachweisen – wo sie nach Überzeugung der Fachleute und der staatlichen Behörden eigentlich nicht hingehören.

Martin Rogg, Präsident der AWBR und bei Badenova in Freiburg für die Wasserversorgung zuständig, listete diese unerwünschten Stoffe bei einer Informationsveranstaltung seines Verbands in Breisach auf: Arzneimittelrückstände wie Antibiotika, Röntgenkontrastmittel, Pflanzenschutzmittel, Fluorverbindungen, Benzinzusatzstoffe und synthetische Komplexbildner. Insbesondere das Abwasser aus Kliniken ist hochbelastet; aber auch in vielen Privathaushalten werden unbedacht Medikamente über die Toilette entsorgt – anstatt sie mit dem Hausmüll verbrennen zu lassen. Aber auch der zunehmende Medikamentenkonsum wirkt sich hier aus.

Kühn berichtet davon, dass alljährlich zwölf Tonnen Röntgenkontrastmittel im Rhein landen. All diese Stoffe, da sind sich nicht nur die Wasserversorger einig, sollten nicht in die Umwelt gelangen – am besten sollten sie vermieden werden, weil sie ohne großen technischen Aufwand nicht aus der Welt zu schaffen sind. Laut Kühn zeigt sich die chemische Industrie zunehmend gesprächsbereit, wenn es darum geht, das Trinkwasser von solchen Belastungen freizuhalten. Mitunter wissen die Produzenten jedoch überhaupt nicht, was ihre Stoffe anrichten könnten. Kühn berichtete von einem Fungizid, das in der Landwirtschaft eingesetzt wurde. Es zerfiel unter anderem in ein an sich harmloses Zwischenprodukt, das auch im Grundwasser nachweisbar war. Doch wenn dieser Stoff im Rahmen der Trinkwasseraufbereitung mit Ozon zusammenkam, verwandelte er sich in giftiges Nitrosamin – das die Wasserversorger mit Erschrecken in ihrem "Lebensmittel Nummer eins" (Rogg) in geringen Mengen entdeckten. Es dauerte geraume Zeit, so Kühn, bis seine Forscher die Kette zurückverfolgt hatten – heute ist das Fungizid vom Markt verschwunden.

### Die Gefahren lauern im Untergrund

Grundforderung der Wasserwerke ist deshalb, dass die chemische Industrie alle Folgewirkungen ihrer Produkte mit Blick aufs Trinkwasser bedenkt. Was Rogg freilich ärgert, sind Ansätze in der EU, die Qualitätsnormen in der Wasserpolitik aufzuweichen. Was in deren neuen Richtlinien angelegt sei, gehe an den Anforderungen für eine Trinkwassergewinnung mit natürlichen Verfahren vorbei, wie sie alle Mitglieder der AWBR anwenden.

Aber es sind nicht nur neue Stoffe, die die AWBR beunruhigen. Vielmehr lauern im Untergrund Gefahren für das Grundwasser und damit für das Trinkwasser: Abfallgruben aus einer Zeit, wo noch niemand an Umweltschutz dachte. Die AWBR hat ein grenzüberschreitendes Kataster dieser Altlasten erstellt, soweit sie Wasserschutzgebiete bedrohen. Dabei handelt es sich in der Mehrzahl um einstige Mülldeponien, vor allem aber um Gruben, in die zum Teil giftige Abfälle der Industrie abgelagert wurden. Die Karte zeigt große rote Gefahrenflecken etwa zwischen Grenzach-Wyhlen und dem Gebiet südlich des Tunibergs, aber auch nördlich von Rastatt. Rogg fordert, diese latente Gefährdung des Trinkwassers zu beseitigen. Bislang, so sein Vorwurf, betrieben die Behörden eine "Vogel-Strauß-Politik" – nicht zuletzt weil dafür sehr viel Geld nötig wäre. Alle Altlasten auszubaggern und auf Sondermülldeponien sicher zu entsorgen, hält Kühn aber für volkswirtschaftlich kaum machbar. Dort allerdings, wo eine akute Gefährdung besteht, müsse sofort gehandelt werden, während es andernorts genügt, die Deponie abzudecken und dadurch Auswaschungen durch Regen zu vermeiden.

Regierungspräsident Julian Würtenberger versichert, sein Umweltreferat wisse "zu 99,9 Prozent", wo was liege und wie gefährlich die Altlast sei. Wichtig sei nun, diese ehemaligen Deponien zu bewerten. Wo sich die Risiken nicht beherrschen ließen, müsse ausgebagert werden. Alles auf einmal geht freilich nicht: Es seien Prioritäten zu setzen – und die Finanzierung zu gewährleisten. Den Wasserversorgern verspricht er: "Die Altlasten werden nach und nach abgearbeitet."